

1874 – 2004

130 Jahre bayerischer Landesverband

Die Vorgeschichte, die Gründung, die Unterbrechung und der mühsame Neubeginn nach 1945

Nürnberg, immer wieder Nürnberg. Die zweitgrößte Stadt Bayerns spielt in der Geschichte des selbständigen Mittelstandes in Bayern und in der Geschichte des Verbandes eine nicht unwe sentliche Rolle – die der kreisfreien Mittelfranken-Metropole vermutlich nicht so richtig bewusst ist. Denn Nürnberg, urkundlich erstmals um 1050 erwähnt und einstmals im 16. Jahrhundert eher ein großes Landgebiet mit kleineren Städten und Märkten sowie einer Blüte der Wissenschaft und Kunst, war nicht nur Geburtsstätte für den ersten in Bayern bekannt gewordenen Gewerbeverein, die »Gesellschaft zur Förderung der vaterländischen Industrie«, die 1792 gebildet wurde und längst nicht mehr existiert. Ein weiterer – zumindest aus Sicht des Verbandes – zeitgeschichtlicher Meilenstein wurde 1874 gesetzt. Es war das Jahr, in dem Reichskanzler Bismarck eine tiefe Sorge um den langfristigen Fortbestand der Monarchie bewegte und die Pressefreiheit eingeführt wurde. Und es war das Jahr, in dem sich der Verband bayerischer Gewerbevereine konstituierte!

Eines nur weiß man sicher: Er war der Vorläufer des bayerischen Bundes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband. In ihm waren zumindest ein Teil der in diesem Jahrhundert gegründeten örtlichen Vereine zusammengefasst. Sie bildeten sich nach Beseiti-

gung der Zollschränken, die zwischen den verschiedenen deutschen Staaten die Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes möglich machte (1833), und vor allem nach den revolutionären Ereignissen im Jahr 1848, als Handwerker, Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuelle für ihre unterschiedlichen Ziele auf die Straße gingen und damit auf Arbeitslosigkeit, steigende Preise und Hungersnot reagierten, während das besitzende Bürgertum für die ungehinderte Entfaltung der industriellen Produktion eintrat. Im Dezember dieses Jahres wurde ein »Gesetz über die Grundrechte des deutschen Volkes« beschlossen; zuvor schon konstituierte sich eine gemeinsame Arbeiterorganisation namens »Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung«.

Zweifellos befürchteten damals viele Gewerbetreibende, dass sie gegenüber dem herrschenden Adel, der Volksbewegung und dem aufkeimenden Kapitalismus und der Industrie ins Hintertreffen geraten würden. Deshalb riefen sie eigenständige örtliche Organisationen ins Leben. Aber spätestens einige Jahrzehnte danach wurde erkannt, dass das nicht reichte und man ein überregionales Sprachrohr braucht. Das war der 1874 gegründete bayerische Verband, über dessen Wirken leider keine Unterlagen mehr existieren. Er ist nur mehr oder weniger in einer Fußnote in Schrif-

ten des Allgemeinen Gewerbevereins München genannt, der 1848 aus der Taufe gehoben worden war.

Der Vorläufer des bayerischen BDS/DGV bestand bis 1919. Wer ihn führte, welche Ortsverbände er hatte, wie viele Mitglieder ihm angehörten, all das ist nicht überliefert. Sicher ist nur, dass er Ende 1919 mit dem 1883 gegründeten Bayerischen Handwerkerbund bzw. dem Bayerischen Handwerker- und Gewerbebund (beides Gründungen des Allgemeinen Münchener Gewerbevereines) fusionierte und dadurch ein neuer, bedeutender bayerischer Gewerbebund entstand, der am 1. Januar 1920 vom Sitz München aus seine Arbeit für 60.000 Mitglieder (!) aufnahm.

In der Satzung war fixiert, dass der Verband den Zweck hatte, »unter Ausschluss aller parteipolitischen und konfessionellen Bestrebungen möglichst sämtliche selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden Bayerns zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen (geistigen wie materiellen) Angelegenheiten zu einem großen Ganzen zu verbinden«. Zur Aufgabenstellung gehörte unter anderem die »Anerkennung der Stellung des gewerblichen Mittelstandes im Wirtschaftsleben entsprechend seiner Leistung« sowie eine »Fühlungnahme mit den gesetzlichen Vertretungen von Handwerk und Gewerbe«, schließlich »eine gerechte Besteuerung, welche die Lebensmöglichkeiten im Rahmen des Kleinbetriebes sicherstellt.«

Die Situation des gewerblichen Mittelstandes, aber auch der Stellenwert seiner Organisationen sind gut dargestellt in den teilweise erhaltenen Schriften des Allgemeinen Gewerbevereines

München, vor allem in dessen Chronik, die zum 120-Jährigen 1968 aufgelegt wurde. Demnach befand sich im 19. Jahrhundert die Mehrzahl der Innungen unter dem Dach des Münchener Verbandes. Der 1850 gebildete Gewerberat, ebenfalls ein »Kind« des Gewerbevereines, sollte Vorläufer der Handwerkskammer sein. Er hatte fast Parteienfunktion und stellte 23 Mitglieder im Stadtparlament.

Der Gewerbeverein führte mit mehrjährigen Abständen Industrieausstellungen durch, einmal – in 1899 – sogar eine Sportausstellung, war auf internationalem Messen in London und Wien vertreten, gründete Fortbildungsschulen, trat für eine Reform der Gewerbeordnung und des Innungswesens ein und führte zu seinem 50. Geburtstag 1898 in München eine Jubiläumsausstellung durch, die unter der Schirmherrschaft S. Kgl. Hoheit Prinz Luitpold stand. Diese Münchener Institution stärkte ab 1877 mit ihrer Mitgliedschaft den jungen Verband bayerischer Gewerbevereine und auch den später gegründeten Bayerischen Handwerkerbund (der 1. Vorsitzende Carl Billing führte in Personalunion ab 1883 beide Vereinigungen). Und sie gehörte zu den Paten des 1892 gegründeten Verbandes Deutscher Gewerbevereine.

Viele der Themen, die den Selbständigen vor über hundert Jahren auf den Nägeln brannten, klingen hochaktuell: Das Streikwesen und Mittel zur Abwehr, die schädliche Wirkung der Warenhäuser und Konsumvereine, der unlautere Wettbewerb und die Geschäftsbetriebe der Staatsbediensteten. Nachdem seit 1920 ein neuer starker Verband die Interessen der mittelständischen Unter-

nehmer und des Handwerks vertrat, konnten die Probleme mit mehr Intensität angegangen werden. Zwischen 1921 und 1928 standen der Achtstundentag und die Sonntagsruhe, das neue Gewerbesteuergesetz, die Existenznöte des gewerblichen Mittelstandes und die Inflation auf der Themenliste. Bemängelt wurde außerdem beispielsweise, dass unter den 493 Reichstagsabgeordneten lediglich 25 Vertreter des Handwerks und Gewerbes waren – ein Verhältnis, das sich kaum geändert hat.

In Deutschland gab es 1928 zwar 313 Gewerbevereine mit 32.000 Mitgliedern. Aber gegenüber einer guten Förderung durch den Staat vor 1914 fehlte, so die Chronik, »die lebendige Verbindung mit der Staatsverwaltung«. Der Grund: »Die einflussreichen Staatsbeamten, die vielfach zu den Mitgliedern der Gewerbevereine zählten, fehlen.« Fazit: »Das Verhältnis des gewerblichen Mittelstandes zum neuen Staat liegt nicht so günstig.«

Auch im bayerischen Parlament hatten die Gewerbetreibenden eine schlechte Präsenz und damit wenig Einfluss. 1932 wurde festgestellt, dass von den 60 Abgeordneten im Landtag nur zwei dem Handwerk entstammten. Es gab Proteste gegen Schwarzarbeit und Pfuscherum in dieser schweren wirtschaftlichen Zeit – und bald darauf die (trägerische) Hoffnung, dass sich alles zum Besseren wenden möge.

Als der Bayerische Handwerkstag 1933 zur Feier des 50-jährigen Bestehens des Bayerischen Gewerbebundes abgehalten wurde (damals bestehend aus 450 Kooperationen mit 110.000 Mitgliedern), begann das Dritte Reich und Adolf Hitler übernahm die Macht.

Im Jahr darauf ging die Regierung daran, die deutsche Wirtschaft nach nationalsozialistischen Grundsätzen aufzubauen. Die Parteien wurden – natürlich mit Ausnahme der NSDAP – bereits im Juni/Juli 1933 verboten. Da war es nur logisch, dass auch sonstige, ähnlich strukturierte Organisationen auszulöschen beziehungsweise gleichzuschalten waren. Der Verband wurde im Frühjahr 1934 auf obere Weisung des Reichsstandes des Deutschen Handwerks »ohne jeden Vorbehalt« aufgelöst. Die Chronik vermerkt für München, dass der Stadtverband »offen für den Nationalsozialismus eintrat« und man sogar in der Auflösung einen »weiteren Fortschritt zum Neuaufbau des Handwerks und der deutschen Wirtschaft sieht.«

Wer das aus heutiger Sicht als verblendet bezeichnet, vergisst die damaligen Begleitumstände. So hatten beispielsweise die deutschen Bischöfe bereits 1933 auf der Fuldaer Bischofskonferenz jegliche Vorbehalte gegen den Nationalsozialismus aufgegeben. Bei einer Volksabstimmung im November 1933 votierten 95,1 Prozent für den Kurs der Hitler-Politik (freilich ohne Alternativen). Der Reichsverband der Deutschen Industrie bestätigte der neuen Regierung bald nach ihrer Wahl, »dass jetzt die Grundlagen für ein stabiles Regierungsfundament geschaffen sind.« In einem bald darauf von Hitler gebildeten Generalrat der Wirtschaft waren Namen wie Siemens, Bosch, Thyssen und Krupp zu finden.

Sätestens zwölf Jahre danach waren die meisten, die Hitler zugejubelt hatten, ernüchtert. Die Siegermächte besetzten alle NS-Organisationen und ließen Wiedergründungen früherer Vereinigun-

gen freien Lauf. So kam es auch in Bayern im Abstand von etwa drei Jahren zum Kriegsende zu den ersten Zusammenschlüssen von örtlichen Gewerbevereinen. Erneut waren die Münchner mit ihrem Allgemeinen Gewerbeverein dabei.

Bald zeigte sich, dass ein regionaler Verein nicht ausreichte, um die Interessen des Mittelstandes auf breiter Front vertreten zu können. So wurde zunächst ein bayerischer Gewerbebund gebildet, der sich aber nur knappe sieben Jahre am Leben hielt und bereits 1955 wieder aufgelöst wurde. Die Mitglieder des AGM hatten schon vorher erkannt, dass eine Bundes-Basis her musste, wenn man Perspektiven haben wollte. Sie hoben 1951 mit anderen Gewerbevereinen den Deutschen Gewerbeverband e.V. mit Sitz in München aus der Taufe. Fünf Jahre später, am 7. Oktober 1956, gab es dann wieder einen Landesverband Bayern, der vom Münchner Verein zusammen mit anderen Handels- und Gewerbevereinen gegründet wurde. Viele Impulse für die Weiterentwicklung der bayerischen Organisation gingen damals vom Handels- und Gewerbeverein Traunstein aus, der ursprünglich dem Gewerbebund angehörte, aber mit diesem Schwierigkeiten hatte. Er fand seine neue Heimat im bayerischen DGV und konnte diesen durch ein schnelles Mitgliederwachstum ungemein befruchten.

Die Traunsteiner und Münchner waren wesentliche Elemente des jungen Dachverbandes für den bayerischen

Die Vorsitzenden des Verbandes in den letzten Jahrzehnten:

| | |
|--------------|------------------------------|
| 1956 – 1963: | Alfred Müller |
| 1963 – 1974: | Heinrich Schneider jun. |
| 1974 – 1992: | Helmut Kruczek |
| 1992 – 1998: | Edgar Neumeier |
| seit 1998: | Prof. Dr. Fritz Wickenhäuser |

Mittelstand. Aber es waren doch schwierige Rahmenbedingungen, die ein junger Geschäftsführer namens Helmut Gänßbauer vorfand. Das machte er in einem Rückblick im Tätigkeitsbericht 1967 – seinem damals zehnten Bericht, dem noch etliche folgen sollten – deutlich. »Die Mitgliederzahl wurde schamhaft verschwiegen. Wir sprachen intern nicht von Mitgliedern, sondern von Karteileichen. Welche Mühe kostete

es, diese alten Gewerbevereine wieder zum Leben zu erwecken, sie aus der örtlichen Isolation herauszuführen und für eine Zusammenarbeit im größeren Rahmen zu interessieren.« An mittelständische Arbeit sei damals, 1958, kaum zu denken gewesen. Womit sollte sie auch betrieben werden, so Gänßbauer. Weder genügend Mitarbeiter noch ausreichende Mittel waren vorhanden. Nur unendlich langsam habe sich der Erfolg eingestellt...

Der langjährige DGV-Geschäftsführer erinnerte an die vielen persönlichen Opfer von Mitstreitern und daran, dass die Vorstandschaft mit ihrem Privatvermögen für die Schulden des Verbandes bürgte. Idealismus und Zuversicht fielen auf fruchtbaren Boden, die intensive Mitgliederwerbung und zahlreiche Neugründungen brachten den Verband voran. Neun Jahre später konnte Gänßbauer feststellen:

»Wir sind bei Parteien, Politikern und Regierungen zu einem Begriff geworden und werden gehört.«

Die letzten vier Jahrzehnte:

Im Auf und Ab von Politik und Wirtschaft ein starker, stabiler Faktor für den Mittelstand

»Wirtschaftswunder« und »soziale Marktwirtschaft« waren Schlagworte der fünfziger und der frühen sechziger Jahre. Eine junge Demokratie konnte sich stabilisieren. Nach einer langen Phase des Aufbaus und einer ständigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, von der auch der selbständige Mittelstand in Deutschland profitierte, zogen aber bald wieder dunkle Wolken auf. Ludwig Erhard, der populäre »Vater des Wirtschaftswunders«, schaffte es nach der Übernahme des Kanzleramtes von Konrad Adenauer ab 1963 nicht, das deutsche Schiff auf Kurs zu halten. Die ersten Jahre ging es gut, die Volkstüm-

(CDU/CSU mit FDP) über Steuererhöhungen sorgten für einen Regierungswechsel. Ende 1966 nahm eine »Große Koalition« mit Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), Außenminister Willy Brandt (SPD), Finanzminister Franz Josef Strauß (CSU) und Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) die Arbeit auf. Nach einer »konzentrierten Aktion« von Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Regierung stieg das Wirtschaftswachstum in 1969 auf 7,9 Prozent!

Die Wähler lohnten das vor allem der SPD, die bei den Wahlen im gleichen Jahr gemeinsam mit der FDP eine Koalition bilden konnte.

Willy Brandt wurde Kanzler, Walter Scheel sein Vize und gleichzeitig Außenminister. »Mehr Demokratie wagen« war ein Motto der Regierung, das Verhältnis zum Osten wurde mit der Zeit neu geregelt. 1972 überstand Brandt ein Misstrauensvotum.



Zeitzeuge

Helmut Gänßbauer, von 1957 bis 1993 zuerst Landes, dann Hauptgeschäftsführer: »Ich weiß immer noch, dass wir in unserer ersten Bilanz 1957 lediglich 35 Gewerbevereine als Mitglieder hatten und sich der Jahresetat auf etwa 4.000 Mark belief. Doch der Ver-

band hat sich prächtig entwickelt, auch wenn er gelegentliche Stürme überstehen musste. Wichtige Daten gibt es viele. Hervorheben möchte ich, dass wir 1970 Mitglied im Landesplanungsbeirat wurden und seitdem auch Mitglieder in alle Bezirks- und Regionalplanungsbeiräte entsenden konnten. Das erhöhte unseren Einfluss in Bayern. Während ich von 1975 bis 1979 in Personalunion auch Bundesgeschäftsführer war, gelang es uns, den Fuß in die Tür des Mitspracherechts zu bekommen. Wir konnten bei allen einschlägigen Anhörungsverfahren mitwirken.«

lichkeit des Kanzlers kam bei den Wählern an. Aber eine folgende wirtschaftliche Rezession mit einer für damalige Verhältnisse hohen Arbeitslosenzahl und Streitigkeiten in der Koalition

Nachdem er die Vertrauensfrage stellte und der Bundestag aufgelöst wurde, kam es zu Neuwahlen, die aber die bisherige Koalition stärkten. Im Frühjahr 1974 trat Brandt zurück, nachdem

sich herausstellte, dass einer seiner engsten Mitarbeiter Spion für die DDR gewesen war.

Finanzminister Helmut Schmidt wurde sein Nachfolger. Seine Ära sollte acht Jahre dauern. Er erwarb sich einen Ruf als international angesehener Wirtschaftsfachmann und betrieb eine berechenbare, solide Politik im Innern, die aber immer wieder empfindlich gestört wurde vom Terrorismus, von zunehmender Jugendarbeitslosigkeit, von ökologischen Problemen inklusive Ölembargo und Energiepreis-Erhöhungen (der autofreie Sonntag war eine Konsequenz daraus), den Protesten gegen die Kernenergie und der Friedensbewegung (aus dieser Quelle kristallisierte sich schließlich die grün alternative Partei heraus, die 1983 erstmals den Einzug in den Bundestag schaffte). Damals war die Regierung Schmidt bereits am Ende. Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf mehr als zwei Millionen und zu unterschiedliche Konzepte in der SPD/FDP-Koalition über die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise hatten 1982 zum Auseinanderbrechen der Regierung geführt. Im Oktober 1982 wurde Helmut Kohl zum Kanzler gewählt und einige Monate später bei Neuwahlen mit einem überzeugenden Ergebnis (knapp unter der absoluten Mehrheit) bestätigt.

Was folgte, ist den meisten noch in guter Erinnerung: Helmut Kohl blieb bis 1998 Regierungschef. Er wurde »Vater der Wiedervereinigung«, betrieb lange Zeit – unterstützt von bayerischen Politikern wie Theo Waigel (ab 1989 Bundesfinanzminister und ebenfalls einer der Architekten der deutschen Einheit) – eine durchaus respektable Politik, verschloss

sich aber zunehmend und wurde schließlich von Gerhard Schröder (SPD) und dessen rot-grüner Koalition abgelöst. Dass diese Regierung schon am Start ins Stolpern kam, ist noch in guter Erinnerung. Dass sie seitdem keinen vernünftigen, klaren Kurs halten konnte und keine Wirtschaftspolitik betrieb, die dem selbständigen Mittelstand Luft verschaffte, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Dass sie noch einmal, 2003, mit knapper Mehrheit bestätigt wurde, empfinden heute auch viele ihrer Wähler inzwischen als groben Fehler, wie Umfragen deutlich machen.

Wenigstens konnte eine Mittelstandsorganisation wie der Deutsche Gewerbeverband/Bund der Selbständigen auf bayerischem Feld in den letzten Jahren und auch schon vorher bessere Rahmenbedingungen vorfinden und selbst dazu beitragen. Die Staatsregierung und die verantwortlichen Minister hatten immer ein Ohr für den Mittelstand; sie betrieben eine Politik aus der Erkenntnis heraus, dass die selbständigen Unternehmer eine gewissermaßen staatstragende Kraft sind. Klug geführt, schaffte Bayern den Umstieg vom Agrarland zum Staat, in dem auch Industrie und Mittelstand Bedeutung haben. Das war möglich, obwohl die meiste Zeit eine einzige Partei das Sagen hatte: die CSU ist seit 1966 allein regierend. Aber die Ministerpräsidenten Alfons Goppel (1962–1978), Franz Josef Strauß (1978–1988), Max Streibl (1988–1993) und seit 1993 Edmund Stoiber wussten, was sie an »ihrem« Mittelstand hatten und ließen ihm die notwendigen Entfaltungsmöglichkeiten – soweit das in ihrer »bayerischen Macht« stand. Und sie hatten Ressortchefs wie den amtierenden Wirtschaftsminister Dr. Otto Wies-

heu oder den auf verschiedenen »Hochzeiten« tanzenden Erwin Huber, die Selbständige als ein wichtiges Element im Wirtschaftskreislauf ansahen und nicht als eine Kuh, die man immerzu melken kann.

Der bayerische Landesverband, der auch immer wesentlichen Einfluss auf

Gruppenegoismus der besser Organisierten überrundet und ausgespielt werden«.

1961 Der Gewerbesteuerfreibetrag wurde auf 7.200 DM festgesetzt. Dabei wurde bekannt, dass 57,4 Prozent aller

Gewerbebetriebe keine Gewerbesteu er entrichten müssen, weil sie kein höheres Einkommen als 600 DM monatlich haben.



Zeitzeugin

Alma Hagenbucher, 25 Jahre Ortsvorsitzende in Eichenau und Landesbeauftragte für Thüringen: »Als ich 1960 dem Verband beitrat, war ich von seiner Notwendigkeit überzeugt. Wichtig war mir vor allem, dass hier alle Berufssparten vertreten waren. Vieles von dem,

was wir vor etlichen Jahren kritisierten, wird heute als richtig anerkannt. Für mich persönlich war besonders wichtig, dass es mir gelang, in Eichenau gegen einige Widerstände ein Gewerbegebiet zu installieren. Und natürlich macht es heute noch Freude, die Entwicklung im Nachbarverband Thüringen zu verfolgen. Ich konnte gleich nach der Wende dessen Hebamme sein, bin dort sogar Mitglied im Landesvorstand und möchte diesen Kontakt nie abreißen lassen. Stolz macht mich, dass ich für solche Aktivitäten das Bundesverdienstkreuz und den Bayerischen Verdienstorden bekommen habe.«

das Geschehen im Bundesverband hatte (und hat), musste in dieser Zeitspanne einen teilweise schwierigen Spagat bewältigen: Auf der einen Seite gab es immer wieder Probleme mit der Bundespolitik. Auf der anderen Seite konnte man sich mit der Landesregierung meist gut arrangieren und gemeinsam dem Mittelstand helfen. »Meilensteine« aus dieser Zeit sind im Zeitraffer zusammengefasst.

1960 Es war das erfolgreichste Jahr des Landesverbandes seit seiner Gründung. 95 Orts- und Stadtverbände (darunter Augsburg) kamen neu dazu. Festgestellt wurde zugleich, dass weiteres Wachstum nötig ist, »weil die Selbständigen nach den Spielregeln der Demokratie in allen entscheidenden Fragen vom

fang an im Redaktionskomitee vertreten. Mit 276 Handels- und Gewerbevereinen ist der Landesverband allmählich in Bayern eine Macht geworden, an der die Politik nicht vorbei handeln kann. 23 neue Ortsverbände wurden in diesem Jahr neu aufgenommen.

1965 Bei den Bundestagswahlen gelang immerhin vier Mitgliedern des Landesverbandes, alle von der CSU, der Einzug ins Parlament, darunter Richard Stücklen, Bundespostminister und Träger der Goldenen Ehrennadel des DGV Bayern.

1966 Bei einer Tagung im hessischen Bensheim erklärt Verbandspräsident Oswald Nippert aus Würzburg:

»Wir wollen keinen mittelständischen Naturschutzpark. Wir wollen aber auch keinen Wildpark, wo der selbständige Mittelstand zum Freiwild erklärt wird.“ Besorgt wurde in diesem Jahr festgestellt, dass der Trend zum Großkonzern immer stärker wird.

1967 Die neue Mehrwertsteuer-Gesetzgebung brachte viel Arbeit für den Verband. Nach mehreren Hearings in Bonn, bei denen einige Schmerzen abgewendet werden konnten, wurden in Bayern 26 Großveranstaltungen zur Mitglieder-Information durchgeführt.

1968 Der Verband zählt 337 Ortsverbände und Gewerbevereine als Mitglieder. In Schwaben und Niederbayern/Oberpfalz wurden neue Bezirksgeschäftsstellen eingerichtet. Auf Bundesebene verstärkte der Verband seine Präsenz. Neben dem wieder gewählten Präsidenten Oswald Nippert wurde Ulrich Krause aus München Vizepräsident und Helmut Antlinger aus Wertheim Präsidiumsmitglied. Der bayerische Landesvorsitzende Heinrich Schneider wurde in den Präsidialrat gewählt.

1969 Die CSU-Fraktion des Bayerischen Landtags beschloss die Gründung eines Arbeitskreises Mittelstand. Zum Vorsitzenden wurde Verbandsmitglied Richard Wengenmeier gewählt, der damit gleichzeitig in den Fraktionsvorstand auftrückte. Elf Abgeordnete des Landtags sind auch Mitglieder des Landesverbandes.

1971 Der Bayer Oswald Nippert wurde in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesverbandes von Kanzler Willi Brandt zu einem ausführlichen Gespräch empfangen.

1972 Bei der Zusammenstellung des Geschäftsberichtes für die Jahrestagung (in Dinkelsbühl) fiel Hauptgeschäftsführer Helmut Gänßbauer auf, dass eine relativ hohe Zahl von Mitgliedern ihren Austritt mit einer Geschäftsaufgabe begründeten. Nähere Nachforschungen ergaben, dass die meisten im Wettbewerb mit den Großen an die Wand gedrückt wurden.

1974 Beim Bundesverband, der damals noch seinen Sitz in Bonn hatte, gab es ein Vakuum in der Geschäftsführung. Bayern lieh seinen Hauptgeschäftsführer Helmut Gänßbauer als »Nothelfer« aus. Aus dem ursprünglich angedachten kurzzeitigen Intermezzo sollte eine fünfjährige »Bonner Ära« für Gänßbauer werden. Er schaffte es in dieser Zeit, nicht nur die Bonner Geschäftsstelle auf Kurs zu bringen, sondern behielt auch den bayerischen Landesverband im Griff.

1977 Ein Meilenstein in der Verbandsgeschichte war der Kauf des Hauses in der Schwanthalerstraße, der von Dr. Hans Birkmeier, dem langjährigen Landesschatzmeister, dringend empfohlen worden war. Dadurch bekam der Verband letztlich eine solide Basis, die ihm heute noch von Nutzen ist, auch deshalb, weil hier regelmäßig Mieteinnahmen verbucht werden können. Im

gleichen Jahr wurde die Wirtschaftsgesellschaft des Landesverbandes gegründet, die über das Versorgungswerk mittelständischer Arbeitgeber den Mitgliedern Vorsorgemöglichkeiten wie bei einem Großbetrieb schuf.

1979 Mit dem Steueränderungsgesetz ließ die Bundesregierung den bayerischen Kommunen 527 Millionen D-Mark zukommen, mit der Maßgabe, dieses Geld über eine Senkung der Gewerbesteuer an die Wirtschaft weiter zu geben. Nur 15 Prozent der Summe kamen letztlich bei der Wirtschaft an. Selbst die Mahnung von »Landesvater« Franz Josef Strauß (»Ich erwarte, dass alle Gemeinden ihrer Pflicht nachkommen«) fruchtete nicht. Die Landeshauptstadt München, die unter ihrem damaligen Oberbürgermeister Erich Kiesl keinen Pfennig in der Gewerbesteuer

Einstellung« gefallen lassen. In einem Rechtsgutachten, das der Verband in Auftrag gegeben hatte, wurde festgestellt, dass die Kommunen verpflichtet seien, die Hebesätze zu senken. Leider blieben die meisten Städte und Gemeinden hartnäckig.

Bei der Jahrestagung in Würzburg erschien ein nicht eingeplanter Gastredner. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß gab dem Verband überraschend die Ehre und bekam Komplimente, weil er auf Landesebene einige Bagatellsteuern gestrichen hatte.

1980 Der Verband macht auf eine grobe Panne bei der Schwerbehindertenausgleichsabgabe aufmerksam. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hatte fest gestellt, dass sich in Bayern aus dem Ausgabenrest der Abgabe des Jahres 1978 ein Betrag von 122

Mio. DM angesammelt hatte. Weil der Bund zwei Jahre lang keine Ausführungsbestimmungen für die Verwendungsmöglichkeiten erlassen hatte, blieb das Geld liegen, obwohl es eigentlich der Förderung von Schwerbehinderten dienen sollte.

Im Bayerischen Landtag wurden, gegen heftige Kritik des Verbandes (»Die



Zeitzeuge

Oswald Nippert, unter anderem von 1964 bis 1980 Präsident des Bundesverbandes: »1961 durfte ich einer der Mitbegründer des Ortsverbandes Würzburg sein. Bald war ich voll in die Aktivitäten des Landesverbandes eingebunden und wurde schließlich Präsident des

Bundesverbandes. Der Verband ist mir ans Herz gewachsen und ein Teil von mir. Ich war immer ein Freund harter und offener Worte. Aber das zeigte Wirkung bei den Medien. Leider gelang es uns nicht, einen Großteil der Selbständigen für unser gemeinsames Anliegen zu gewinnen. Wir Selbständigen sind nun mal Individualisten. Politisch auf uns aufmerksam gemacht haben wir trotzdem, zum Beispiel mit unseren Infos »Im Brennpunkt«. Das waren hervorragende Ausarbeitungen zu bestimmten Themen, markant, klar und allgemein verständlich. Besonders gern erinnere ich mich an eine Aussage von Prof. Karl Schiller, der den Verband als »Salz in der Suppe« bezeichnete. Ein Höhepunkt unserer Arbeit war 1980 ein Empfang des gesamten BDS-Präsidiums bei Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens.«

nachgab (obwohl sie zu den bundesdeutschen Spitzenreitern gehörte), musste sich vom Verband den Vorwurf einer »egoistischen fiskalpolitischen

wirtschaftliche Vernunft blieb auf der Strecke«), zwei zusätzliche Feiertage eingeführt, nämlich der Buß- und Betttag (evangelisch) und das Fronleichnams-

fest (katholisch). Damit rückte Bayern an die Spitze bei den Feiertagen in Deutschland (14).

In Köln startete der Hamburger Verlag Gruner & Jahr das neue Wirtschaftsmagazin »Impulse«. Titelfigur der »Nullnummer«, die für einen Testlauf auf den Markt gebracht wurde, war der Bayer Oswald Nippert, damals Präsident des Bundesverbandes.

1981 Auf der Jahrestagung in Straubing brachte der Verband in enger Kooperation mit dem Wirtschaftsmagazin »Impulse« ein Thema in die Diskussion, das den Mitgliedern schon länger auf den Nägeln brannte: »Bürokratie bremst das Wachstum.« Zu den Diskutanten gehörten neben Hauptgeschäftsführer Helmut Gänßbauer Dr. Elisabeth Noelle-Neumann, die Chefin des Allensbacher Demoskopie-Instituts, Prof. Dr. Eberhard Hamer, der Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen, FDP-Bundeschäftsführer Günther Verheugen, SPD-Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth, Professor Dr. Winfried Pinger, Bundestagsabgeordneter der CDU, sowie Franz Neubauer (CSU), Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium. Gänßbauer präsentierte einige besondere bürokratische Auswüchse. Verheugen bedauerte, dass mehr als die Hälfte des steuerlichen Schrifttums in deutscher Sprache abgefasst ist. Gefordert wurde mehr Mut zu weniger Gesetzen.

1982 In einer breit gestreuten Medienkampagne zog der Verband gegen die Schwarzarbeit zu Felde und machte dabei vor allem auf die Risiken für Auftraggeber aufmerksam. Auch das Bayerische Fernsehen griff danach das Thema

auf. Der damals geschätzte Umfang der Schattenwirtschaft belief sich auf 40 Milliarden DM.

Im gleichen Jahr nahm der Verband die Lohnfortzahlung aufs Korn. Kritisiert wurde auch die Großzügigkeit der Ärzte bei der Krankschreibung. Der Verband regte an, es solle überprüft werden, ob Sport- und Freizeitunfälle wirklich zu Lasten der Krankenkassen und des Lohnfortzahlungssystems kuriert werden sollten.

In einer Mitgliederumfrage stellte der Verband fest, dass es eine deutliche Mehrheit gegen die Einführung der 35-Stundenwoche gibt. In Presseerklärungen wurde kritisiert, dass ausgerechnet die Unternehmen, die besonders viel für den Arbeitsmarkt tun, nämlich die mittelständischen Selbständigen, hier kein Mitspracherecht bekommen.

In einer weiteren Umfrage wurde ermittelt, dass Selbständige eine besonders hohe Arbeitsbelastung haben: Knapp 60 Prozent der Befragten gaben an, sie würden wöchentlich 60 und mehr Stunden für den Betrieb tätig sein.

Rund ging es in Burghausen, weil der dortige Ortsvorsitzende Gustl Geith »nach Torschluss« durch eigene Vermittlungstätigkeit für 14 vorher nicht vermittelbare Jugendliche Lehrstellen fand. Daraufhin bekam er einen Bußgeldbescheid des Landesarbeitsamtes Südbayern, weil er gegen das Vermittlermonopol verstoßen hatte. Der Fall wurde bundesweit in den Medien aufgegriffen und beschäftigte auch den Deutschen Bundestag. Das Monopolrecht der Arbeitsämter wurde dadurch erstmals in Frage gestellt.

Weil die österreichischen Unternehmen im bayerischen Grenzland, vor allem im Bausektor, immer häufiger aktiv wurden und damit Betrieben in Bayern Aufträge

wegschnappten, regte der Verband eine öffentliche Veranstaltung mit dem Magazin »Impulse« in Rosenheim an. Der »Ärger mit den Nachbarn« war deshalb besonders groß, weil es umgekehrt bayerischen Betrieben schwer gemacht wurde, in Österreich tätig zu werden. 1982 feierte ein Mann sein 25-jähriges Mitarbeiter-Jubiläum, der den Verband

eine willkürliche Verteilung von Subventionen aus. Der Staat solle sich darauf beschränken, den Haushalt zu sanieren. Mit einer Broschüre über das »verzerrte Bild des Unternehmers« machte der Verband auf zahlreiche Diskriminierungs-tatbestände aufmerksam, denen Unternehmer in der täglichen Praxis oft hilflos ausgeliefert sind. Vielfach werden, so die Feststellung, die Unternehmer fälschlich als »Buhmänner« für negative Entwick-lungen hingestellt. Mit ketzerisch klingenden Schlag-worten wie »Unter-nehmer rationalisie-ren skrupellos Arbeitsplätze weg« oder »Unternehmer beuten Lehrlinge aus« wurden öffent-liche Meinungen und Behauptungen den Tatsachen gegenübergestellt.



Zeitzeuge

Gustl Geith, langjähriger Ortsvorsitzender in Burghausen und Mitglied im Landesvorstand bzw. Landesausschuss: »Mein spektakularster Beitrag war sicherlich mit großem Abstand die Lehrlingsak-tion, die sogar im Bundestag auf den Tisch kam. Als ich damals

unbürokratisch 14 junge Leute in Ausbildungsplätze unterbrachte, sollte ich dafür »wegen unerlaubter Vermittlung« 1085 D-Mark Bußgeld bezahlen. Drei Jahre zuvor war ich schon mal verwarnt worden, weil ich Buben und Mädchen eine Schnupperbe-sichtigung in Betrieben möglich machte. Das ist heute eine allgemein anerkannte Einrichtung. Heute ist man außerdem um jede Vermittlung froh. Mir hat man damals vorgeworfen, ich hätte nicht die fachlichen Voraussetzungen für eine solche Tätigkeit. Aber immerhin haben 13 Lehrlinge die Ausbildung vollendet. Nur der 14. Azubi musste vorher wegen Berufsunfähigkeit passen. Beim Prozess um das Bußgeld, der vom Verband mitgetragen wurde, kam es zu einem Vergleich. Ich wurde nicht verdonnert, musste aber für die Anwaltskosten geradestehen. Heute kann ich mit Genugtuung sagen, dass die damalige Geschichte der erste Rammbock in die Mauer der Nürnberger Anstalt war.«

geprägt hatte. Hauptgeschäftsführer Helmut Gänßbauer wurde dabei vom Landesvorsitzenden Helmut Kruczek attestiert, er habe die Härte und Ziel-strebigkeit eines Geheimagenten, ge-paart mit der Mildtätigkeit einer barm-herzigen Schwester.

1983 Bei der Jahrestagung in Fridolfing konnte der Verband einen promi-nenten Referenten begrüßen: den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth. Er forderte eine bessere Verknüpfung von Forschung und Mittelstand und sprach sich gegen

1985 Bei der Jahrestagung in Kie-fersfelden war ein Mann Festredner, der später noch Karriere machen sollte und fast Bundeskanzler geworden wäre: der damalige Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei, Dr. Edmund Stoiber. Er warb um Verständnis für Probleme der 1983 gewählten Bundesregierung und meinte, man brauche noch mindestens zwei Legislaturperioden, um wieder so dazustehen wie 1969, als letztmals die CDU/CSU Regierungsverantwortung getragen hatte. Stoiber sprach sich für Änderungen im Arbeitsrecht und für gesetzliche Richtlinien bei Streiks aus.

Im Herbst des Jahres ermittelte der Verband in einer Umfrage bei Anbietern von Stellen ohne hohe Anforderungen an die Qualifikation eine große Unzufriedenheit mit den Arbeitsämtern: Nur knapp 43 Prozent gaben ihre offenen Stellen überhaupt bekannt. Und knapp die Hälfte dieser Firmen gab an, die vom Arbeitsamt geschickten Bewerber hätten nicht die erforderlichen Kenntnisse.

1986 Zum ersten Mal schrieb der Verband einen »Umweltpreis für mittelständische Unternehmer Bayerns« aus. Kooperiert wurde dabei mit dem Bayerischen Ministerium für Umweltschutz und seinem Ressortchef Alfred Dick. Bei der Jahrestagung in Erlenbach konnte der Verband einen Ehrengast aus China begrüßen, der für die Volksrepublik Kontakte mit mittelständischen Unternehmen knüpfen wollte. Gastreferent Anton Jaumann, der Bayerische Wirtschaftsminister, verwies darauf, dass die Selbständigenquote in Bayern deutlich über dem Bundesschnitt liegt (8,2 gegenüber 7,6 Prozent). Erstmals in der Geschichte des Verbandes wurde eine Frau (Heidrun Brugger aus Weilheim) in den Landesvorstand gewählt.

1987 Der Verband ist Gegenstand eines ausführlichen Reports im Wirtschaftsmagazin »impulse«, der sich mit der weiß-blauen Wirtschaftspolitik befasst und im Titel feststellt: »In Bayern ist der Mittelstand besonders stark«. Bei der Jahrestagung in Krumbach forderte der Landesvorsitzende Helmut Kruczak von der Bundesregierung, dass sie endlich Politik macht, die ihrem Motto »Leistung muss sich wieder loh-

nen« entspricht und warnte vor zuviel sozialpolitischen Experimenten durch die »drei Eisheiligen« der CDU, Norbert Blüm, Heiner Geißler und Rita Süßmuth.

1988 Ungewöhnlicher Referent bei der Jahrestagung in Deggendorf: Der Verband konnte den damals 76-jährigen Europaabgeordneten Dr. Otto von Habsburg begrüßen, der mit einer temperamentvollen Rede begeisterte. Der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, der von Helmut Kruczak als »kaiserliche Hoheit« begrüßt wurde, verglich die mittelständischen Unternehmer mit den Kaufleuten von einst, die von den Rittern ausgeplündert wurden. Wer die »Ritter« des Jahres 1988 waren, definierte er nur vage... Erneut wurde in diesem Jahr ein Umweltpreis vergeben, wieder in enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Umweltministerium. Gleich drei Betriebe wurden für würdig befunden, ein Zeichen für viel Innovation auf diesem Sektor.

1989 Bei der Jahrestagung in Regensburg wurde der seit 15 Jahren amtierende Landesvorsitzende Helmut Kruczak für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt (ohne Gegenstimme) und gleichzeitig mit der Goldenen Ehrennadel des Bundesverbandes geehrt. Oswald Nippert, auch etliche Jahre Präsident des Bundesverbandes, schied wegen Erreichen der Altersgrenze (70 Jahre) aus dem Landesvorstand aus, wurde aber zum Ehrenmitglied ernannt. Der Landesverband stellte in einer Repräsentativumfrage durch Infratest fest, dass die Zahl der offenen Stellen deutlich höher ist als sie monatlich von

der Bundesanstalt für Arbeit bekannt gegeben wird. Die Umfrage ergab exakt 883.253 Arbeitsplätze; das waren 630.000 mehr als die Zahl der BfA. Erneut wurde gefordert, das Vermittlungsmonopol der Arbeitsämter abzuschaffen.

1990 Bei der Jahrestagung in Rosenheim konnte der Verband eine Reihe von Gästen aus Thüringen begrüßen. Bereits Anfang des Jahres – und wenige Wochen nach dem Fall der Mauer – war



Zeitzeuge

Hans-Hermann Schilling, langjähriger Ortsvorsitzender in Coburg und von 1972 bis 1992 Mitglied im Landesvorstand: »Zu meinen angenehmsten Erinnerungen gehören die Gespräche mit dem Ortsverband Traunstein, der sich einst abspalten wollte – aber wir konn-

ten das verhindern. Einmal brachten wir auch Bewegung in die Diskussion um die Gewerbesteuer. Nach dem Besuch bei der zuständigen Fachministerin Lieselotte Funcke wurde der Freibetrag von 18.000,- auf 36.000,- D-Mark erhöht. Gemeinsam mit unserem Landesvorsitzenden Helmut Kruczek kämpften wir gegen die Lohnbezo- genheit der Sozialabgaben – ein Thema, das heute noch immer wieder auf den Tisch kommt. Schon zu Zeiten von Kanzler Helmut Schmidt wurde es im Bundestag diskutiert, weil wir nicht locker ließen. Aber niemand fand eine Lösungsmöglichkeit.«

eine Verbandsdelegation ins »andere Deutschland« gereist und wurde hier zum Schützenhelfer für die Gründung einer Selbständigen-Organisation. Der bayerische Landesverband leistete nicht nur materielle Unterstützung, sondern richtete auch eine Kontaktbörsse für Unternehmer in der damaligen DDR und im Westen ein. Schon nach wenigen Monaten hatte der neue Landesverband in Thüringen 20 Ortsver- bände und einige tausend Mitglieder. Bei einer Mittelstandskonferenz in Pil- sen (Tschechien) knüpfte eine Delegati- on des Verbandes, unter anderem mit der BDS-Vizepräsidentin Siglind Wansch-

ka aus Niederbayern, Kontakte zum neu gegründeten Verband der Privatunter- nehmer Westböhmens.

1991 Bei der dritten Vergabe des Umweltpreises, den der Betreiber einer Tankstelle mit Gasrückführsystem erhielt, wurde dem Verband vom Bayeri- schen Umweltministerium bestätigt, dass er sich »vorbildlich für die Belange des Gemeinwohls einsetzt«. Der Landesverband leistete sich erst- mals ein eigenes, vierfarbiges Magazin

(»Der Selbständige in Bayern«), das zehn Jahre später im neuen Bundes- magazin aufgehen sollte.

1992 Eine gute Ära wurde aus Al- tersgründen beend- et. Auf der Landes- tagung in Nürnberg kandidierte der Regensburger Hel- mut Kruczek nicht mehr für das Amt des Landesvorsitzenden. Seit 1974 hatte er den Verband mit viel Engagement und Fingerspitzengefühl geführt.

1993 Bundesfinanzminister Theo Waigel gab sich auf der Jahrestagung in Oberstdorf einsichtig: »Die derzeitige Steuern- und Abgabenquote ist eindeutig zu hoch. Wir müssen Mehrbelastun- gen im Sozialbereich vermeiden.« Waigel verwies in diesem Zusam- menhang aber auf die enormen Kosten der Wiedervereinigung. Bei einem Besuch bei Bayerns Wirt-

schaftsminister Otto Wiesheu bekam die Spalte des Landesverbandes zu hören, dass man in diesem Ressort »nicht nur Programme auflegt, sondern sie auch mit Leben erfüllt«. Kritisiert wurden von Seiten des Verbandes die häufig langwierigen Genehmigungsverfahren bei Betriebsbauten.

1994 Zum 120-jährigen Jubiläum, das festlich im Münchner »Bayerischen Hof« begangen wird, ist Bayerns Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu Festredner. Er stellt unter anderem fest, dass der Verband »zu einem Bindeglied und Partner zu den Ministerien auf Landes- und Bundesebene, aber auch in Europa wurde«.

Die in diesem Jahr verabschiedete Pflegeversicherung wurde von dem nach wie vor aktiven ehemaligen Landesvorsitzenden Helmut Kruczek in einem Beitrag für das bayerische Verbandsmagazin als »sozialpolitischer Sündenfall« bezeichnet.

1995 In einer seiner »sozialpolitischen Informationen«, mit denen er immer wieder Auswüchse der Politik an den Pranger stellte, urteilt der langjährige Landesvorsitzende Helmut Kruczek, dass der Sozialstaat bei den jährlichen Kostensteigerungen nicht mehr finanziertbar ist. Die Grenze der Belastbarkeit sei nicht nur erreicht, sondern längst überschritten. Die größte Ungerechtigkeit des Systems sei die Lohnbezogenheit der Sozialabgaben.

1996 Erstmals diskutierten Verbandsmitglieder mit einem Repräsentanten des Deutschen Gewerkschafts-

bundes (DGB). Dessen stellvertretender Landesvorsitzender Klaus Dittrich war ins Verbandshaus gekommen und musste sich vorhalten lassen, dass das Verständnis, das er für die Probleme des Mittelstandes zeigte, in der offiziellen Argumentation der Gewerkschaften nicht erkennbar ist. Insgesamt wurde der Dialog aber als »sachlich und fruchtbar« bezeichnet.

Der SPD-Politiker Franz Maget, später einmal Spitzenkandidat seiner Partei in Bayern, kritisierte öffentlich, dass die mittelständischen Unternehmen nur alle zwei Generationen mit einer Betriebspflicht rechnen müssen und es ungerecht sei, dass den Arbeitnehmern ihre Steuer gleich vom Lohn abgezogen werde. Er bekam ebenfalls öffentlich Kontra vom bayerischen Landesvorsitzenden Edgar Neumeier, der Maget »billigen Populismus« und eine pauschale Unterstellung der Steuer-Unehrlichkeit vorwarf und anbot, dass Unternehmer gern die Bürde des Lohnabzuges an die Arbeitnehmer abgeben würden.

1997 Die Politik solle ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Unterstützung der Neugründung von Unternehmen richten, von denen der Großteil ohnehin nicht die ersten Jahre überstehe. Wichtiger sei vielmehr die Erhaltung der bestehenden Betriebe. Das war die zentrale Botschaft der Landestagung in Landshut. In einem »Brandbrief« an den Bayerischen Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Dr. Thomas Goppel, machte der Verband auf die Gefahren durch die Factory-Outlet-Center (FOC) aufmerksam. Gefordert wurden entsprechende Maßnahmen bei der Landesplanung.

In verschiedenen Themenabenden versuchte der Verband, die Mitglieder rechtzeitig auf den Euro (Einführung 2002) vorzubereiten. Die Resonanz auf diese Veranstaltungen war ausgezeichnet. Auch das Verbandsmagazin informierte ausführlich.

1998 Nach vorangegangenen Unruhen im Präsidium des Landesverbandes und einigen kritischen Darstellungen in den Medien kam der Verband bei den Neuwahlen in Straubing wieder in ein ruhiges Fahrwasser. Die neue Führungsmannschaft mit Präsident Dr. Fritz Wickenhäuser konnte dies sehr schnell deutlich machen und die Weichen für die Zukunft stellen.

1999 Das 125-jährige Jubiläum des Landesverbandes wird im Rahmen der Jahrestagung in Nürnberg gefeiert. Festredner in der historischen Kaiserburg ist der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber, der sich für die Arbeit des Verbandes »im Dienste der bayerischen Wirtschaft und im Interesse des selbständigen Mittelstandes« bedankte. Der Verband sei, so Huber, für die Staatsregierung ein wichtiger Ansprechpartner bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand.

Um zu demonstrieren, dass der Verband mit der Zeit geht, wurde ein neues Corporate Identity (CI) für sämtliche Drucksachen entwickelt, in Nürnberg vorgestellt und von der Generalversammlung verabschiedet.

Bei einer großen Demonstration gegen das 630-Mark-Gesetz ging auch der Verband mit auf die Straße. Vor dem Münchener Rathaus machte der Präsident des Landesverbandes, Prof. Fritz Wickenhäuser, auf die Ungereimtheiten der Regelung aufmerksam. Schon zuvor wurde dieses Gesetz und die Verordnung über die Scheinselbstständigkeit als »Existenzgründer-Vernichtungsprogramm« bezeichnet.

2000 Mit seinen kritischen, aber treffenden Thesen zur Steuerreform wurde Experte Siegfried Späth, Bezirksvorsitzender in Niederbayern und Mitglied des Bundespräsidiums, zum »Martin Luther der Steuerpolitik«. Es war eine Aufstellung von »20 Wurzeln des Übels«.

2001 Beim Jahresempfang des Landesverbandes und des Münchener Bezirksverbandes an der Fachhochschule München rügte der Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber das schlechte, investitions- und gründerfeindliche Klima in Deutschland und forderte eine »Mittelstandsoffensive«.

Rudolf Knoll